

P R O T O K O L L

über den Meinungs-
austausch zwischen General-
sekretär THALMANN und Generalsekretär Bot-
schafter Dr. HAYMERLE am 6. und 7. Mai 1975

Betreffend: Bilaterale Probleme, Verlegung internationaler
Organisationen und Konferenzen, Energieprobleme,
Privilegien- und Immunitätenkonferenz, Konferenz
über humanitäres Kriegsvölkerrecht, Tour d'horizon,
KSZE-Konferenz, Jugoslawien, EFTA, Europarat

Anwesend: Generalsekretär THALMANN
Botschafter Dr. MÜLLER
Botschafter Dr. ROSETTI
Botschaftsrat Dr. HOFER

Generalsekretär Botschafter Dr. HAYMERLE
Botschafter Dr. STEINER
Gesandter Dr. SEYFFERTITZ
Gesandter Dr. GLEISSNER
Gesandter Dr. ZANETTI
Gesandter Dr. CORNARO
Gesandter Dkfm. Dr. KLESTIL
Legationsrat Dr. KUSSBACH
Legationssekretär Dr. ZEILEISSEN
Dr. ZIEGLER

Generalsekretär HAYMERLE heisst Generalsekretär
THALMANN und die begleitenden Herren willkommen und zeigt
sich erfreut über die Einweihung des neuen Konferenzentrums
gerade durch die Schweizer Delegation.

Generalsekretär THALMANN dankt für den liebenswürdigen
Willkomm und drückt die Hoffnung auf eine würdige Einweihung
durch ein formloses Gespräch unter Fachleuten, die die
Probleme der Welt kennen, aus.

Generalsekretär HAYMERLE regt auf Grund der von der
Schweizer Seite übermittelten Tagungsordnung die Behandlung
nachstehender Themenkreise an:

- 2 -

1. Bilaterale Beziehungen: Diese seien erstklassig und man werde sich bemühen müssen, lange darüber zu sprechen.
2. Vor Übergang zu speziellen Fragen sollte man vielleicht die internationale Lage im allgemeinen behandeln.
3. Wiener Konferenz über die Rechtsstellung internationaler Organisationen.
4. Probleme der Sitzverlegung internationaler Organisationen und Konferenzen.
5. Portugal.
6. Das Cypern-Problem.
7. Die Wiener Gespräche.
8. Die Vereinten Nationen.
9. Der Europarat.
10. Indochina.
11. Naher Osten.
12. KSZE
13. Energieagentur.
14. Die gescheiterte Energiekonferenz

Generalsekretär THALMANN gibt bekannt, daß die Schweizer Seite am nächsten Tag ein kurzes Kommuniqué herausgeben werde, mit dem Inhalt, daß er mit Kollegen MÜLLER den Besuch unternommen habe.

Generalsekretär HAYMERLE regt an, den Wortlaut des Kommuniqués abzustimmen.

./3

I. Bilaterale Probleme:

Generalsekretär THALMANN erklärt eingangs, diese entwickelten sich im besten Sinne. Gewisse Fragen juristischer Natur würden zwischen den Vorstehern der Rechtsbüros behandelt. Zwischen Botschafter NETTEL und Botschafter DIEZ bestünde ein enger Kontakt. Botschafter DIEZ sei der Meinung, es sei unzweckmäßig, daß man darüber viel Zeit verliere, man könne zu einer Lösung wenig beitragen. Die Schweizer Seite sei aber bereit, etwaige Bemerkungen anzuhören.

Die Angelegenheit Rüthi und der Haftungsfall der Swiss Air seien als juristische Fragen offen.

Die Wirtschafts-, Presse-, Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen hätten eine erfreuliche Entwicklung genommen.

Man sehe den Besuch von Botschafter SAILER über Entwicklungshilfe sowie über Katastrophenhilfe mit Freude entgegen. Die Schweizer Seite sei bereit, ihre Erfahrungen bei Katastrophenhilfe mitzuteilen.

Generalsekretär Thalmann spricht weiters den herzlichen Dank für die österreichische Vorgangsweise in der Erpressergeschichte TASKI aus. Hätte die Schweiz Orden zu vergeben, so hätte sie einen für Oberkommissar HOHENBICHLER mitgebracht.

Generalsekretär HAYMERLE erklärt, er werde Oberkommissar HOHENBICHLER den Dank übermitteln.

Es sei gerade jetzt wichtig, daß Österreich und die Schweiz in dieser Beziehung besonders eng zusammenarbeiteten.

Was die Frage Rüthi betreffe, so sei dazu folgendes zu sagen: Wenn die österreichische Seite über alle Unterlagen verfüge, so werde man sich mit der Schweiz in Verbindung setzen. Allgemein sei eine steigende Atomangst in der öffentlichen Meinung festzustellen. Dies habe

zur Rückstellung des Projektes eines zweiten Atomkraftwerkes geführt. Wenn diese Entwicklung sich fortsetze, werde man zu dem Resultat gelangen, daß der Westen über keine Atomkraftwerke verfüge, während der Bau von Atomkraftwerken im Osten keiner Beschränkung unterliege. Dies sei eine gefährliche Entwicklung.

Generalsekretär THALMANN verweist auf die schmerzlichen Erfahrungen mit dem Kraftwerk Kaiseraugst, welches gewaltlos besetzt wurde. Es bestünden dabei große psychologische Schwierigkeiten. Ein Punkt sei allerdings zu berücksichtigen: Es müsse unbedingt eine Anballung von Atomkraftwerken vermieden werden. Dies erfordere engere internationale Zusammenarbeit.

Generalsekretär HAYMERLE verweist auf die gegenwärtig von zwei Dozenten des Boltzmann-Institutes organisierte Kampagne. Es sei sicherlich alles irgendwie berechtigt, aber kalorische Kraftwerke seien sicher ungünstiger als Atomkraftwerke. Man müsse diese Probleme jedenfalls verfolgen.

Legationsrat Dr. KUSSBACH teilt dazu mit, Botschafter NETTEL werde Botschafter DIEZ anrufen und verweist darauf, daß im innerstaatlichen Verfahren noch verschiedene Stellungnahmen, insbesondere jene des Landes Vorarlberg, ausstünden. Es werde dann eine Sitzung als Vorbereitung der zweiten Gesprächsrunde mit der Schweiz abgehalten werden.

Zur Haftungssache erklärt Leg.Rat KUSSBACH, daß diese auf zwei Geleisen laufe:

1. Bezüglich der Amtshaftung sei Österreich bereit, abzuschließen. Ein rückwirkender Abschluß sei jedoch insbesondere wegen Bedenken des Verfassungsdienstes nicht möglich.

2. Andererseits sei derzeit beim Landesgericht für ZRS Wien ein Amtshaftungsverfahren der Versicherung Lloyds anhängig, es sei aber noch keine Entscheidung gefallen.

- 5 -

Bezüglich des Niederlassungsvertrages aus dem Jahre 1875 führt Leg.Rat Kussbach aus, daß der Artikel 2 eine gegenseitige Begünstigung und formelle Gegenseitigkeit in bezug auf den Liegenschaftserwerb österreichischer und schweizerischer Staatsbürger vorsehe. In den letzten 15 Jahren habe sich allerdings die Schweizer Legislatur geändert und der Artikel 2 gelange nicht mehr zur Anwendung, es sei denn, der Österreicher wäre Niederlasser. (10 Jahre Wohnsitz in der Schweiz). Botschafter NETTEL habe mit Botschafter DIEZ diesbezüglich gesprochen und DIEZ habe erklärt, er hätte szt. auf diesen Umstand hingewiesen, sei aber nicht durchgedrungen. Man stünde innerstaatlich unter Druck und daher mußte von österreichischer Seite die Suspension der Anwendung von Artikel 2 notifiziert werden. Man wisse, daß Angehörige dritter Staaten in der Schweiz juristische Personen gründeten, um Grundstücke in Österreich zu erwerben. Man möchte einen Mißbrauch vor allem durch deutsche Stellen verhindern. Daraus folge, daß entweder Artikel 2 vollzogen werde, also in beiden Staaten zur Anwendung gebracht werde, oder aber suspendiert bleibe. Botschafter DIEZ habe dafür Verständnis gezeigt und gesagt, es wäre völkerrechtskonform.

Generalsekretär THALMANN erklärt, dies entspreche ganz dem, was ihm Botschafter DIEZ mitgeteilt habe. Man müsse einen Ausverkauf verhindern. Es wäre daher die beste Lösung, durch einen Notenaustausch den Artikel zu suspendieren. Man werde wahrscheinlich die Lex VOGLER noch lange handhaben müssen. Die Suspension sei daher zweckmäßig und vernünftig.

Auf die konkrete Frage von Botschafter ROSETTI, ob die deutschen Gesellschaften Grundstücke für Wohn- oder Industriezwecke kauften, gibt Leg.Rat KUSSBACH an, es handle sich dabei vor allem um Appartements.

Generalsekretär HAYMERLE schneidet darauf hin das Problem der Luftraumverletzungen durch Militärflugzeuge an. Hätte Österreich nur eine Grenze mit der Schweiz, so gäbe es keine

- 6 -

Probleme. Man möchte aber keine Präzedenz schaffen. Man müsse sich also mit einer "schlampigen Lösung" begnügen.

Generalsekretär THALMANN versichert daraufhin, dieser modus vivendi sei im Interesse aller Beteiligten gelegen. Man werde die Piloten informieren. Am besten, man lasse es bei diesem tragbaren Zustand.

Generalsekretär HAYMERLE faßt diesen Punkt dahingehend zusammen, man könne so auf das Beispiel der Schweiz verweisen, wenn von anderer Seite ein diesbezügliches Ansuchen komme.

Auf den bevorstehenden Besuch von Bundespräsident GRABER in Österreich übergehend erklärt Generalsekretär Haymerle, man freue sich in Österreich über die fortgesetzten Kontakte auf höchster Ebene. Insbesondere darüber, daß nach den Besuchen der Bundesminister LÜTTGENDORF, STARIBACHER und FIRNBERG nun Bundespräsident GRABER, wenn auch als Außenminister, Österreich einen Gegenbesuch abstatte.

Generalsekretär THALMANN erklärt dazu, es bedürfe eines großen Maßes an Mut für Bundespräsident GRABER, da es das Schweizer Volk nicht schätze, wenn der Bundespräsident in seiner Amtszeit die Schweiz verlasse. Das Ganze werde daher als normaler Außenminister-Besuch aufgezogen. Die Dislokation nach Salzburg werde der Sache den Stachel nehmen.

Auf die konkrete Frage Generalsekretär HAYMERLES präzisiert Botschafter MÜLLER, daß der Besuch vom 8.-10. September 1975 stattfinden werde. Gerade weil es sich um den ersten bilateralen Besuch eines Schweizer Bundespräsidenten handle, sei es wichtig, wie die Sache präsentiert werde. Daher werde der Besuch erst ein^{en} Monat vorher publiziert.

Auf weitere geplante bilaterale Kontakte eingehend, ersucht Generalsekretär HAYMERLE um eine Präzisierung des Besuchsdatums des Vorstehers des schweizerischen Energiewirtschaftsdepartements.

- 7 -

Botschafter STEINER gibt zu den geplanten Kontakten beider Parlamente an, daß diese vor Ende dieser Legislaturperiode kaum noch möglich seien. Der neue Nationalrat werde sich jedenfalls damit befassen.

Generalsekretär THALMANN verweist auf die in der Schweiz idente Situation, da ebenfalls im Herbst Wahlen stattfänden.

Es bestünde jedenfalls in der Schweiz das große Problem wie man Außenpolitik "verkaufe". Dieses rühre an die Wurzeln der Demokratie.

Generalsekretär HAYMERLE entgegnet, daß es die Schweizer Seite da noch etwas leichter habe, da man in Österreich ein vollkommenes Fehlen an außenpolitischem Interesse registrieren müsse. Dazu käme noch eine verantwortungslos agierende Boulevard-Presse.

Generalsekretär THALMANN führt als Beispiel die völlige Interesselosigkeit der Bevölkerung in bezug auf den Beitritt zur Energieagentur oder zur UNO an. Dabei wäre es wichtig, daß die Außenpolitik vom Volk getragen werde. Die Sucht nach Simplifizierung außenpolitischer Ereignisse insbesondere durch das Fernsehen führe zur Irreführung des Volkes. Dies wirke sich dann aus, wenn das Volk eine Entscheidung zu treffen habe. Dies wäre jedenfalls eine dankbare Aufgabe für die Parlamentarier.

Generalsekretär HAYMERLE zitiert noch das Beispiel der durch die Presse verantwortungslos provozierten Jugoslawien-Affaire, worauf Generalsekretär THALMANN auf den SCHWARZENBACH-Antrag einer Streichung des IDA-Beitrages, der den Armen (Bergbauern, Arbeitslose) zukommen soll, verweist. Ein weiteres Beispiel für die Schweiz wäre das Entwicklungsgesetz. Man hätte ja den unvernünftigen Zustand einer gesetzlichen Grundlage betreffend Prinzipien und Höhe der Entwicklungshilfe. Gegen diese lasse sich ja leicht polemisieren, sie sei aber heute absolut notwendig.

II. Verlegung internationaler Organisationen und Konferenzen:

Generalsekretär HAYMERLE eröffnet die Diskussion mit der Bemerkung, er habe aus Gesprächen mit Vertretern der Schweiz die Notwendigkeit einer Abklärung ersehen.

Gesandter ~~Rat~~ KLESTIL referiert, die Generalversammlung der Vereinten Nationen habe in der letzten Sitzungsperiode eine Resolution beschlossen, worin trilaterale Verhandlungen zwischen IAEO, UNIDO und der österreichischen Bundesregierung über ein optimale Nutzung der UNO-City vorgesehen sind.

In einem kurzen Rückblick auf die Entwicklung des UNO-City-Projektes führt Leg.Rat Klestil aus, die UNO-City sei in Erfüllung einer Zusage an die IAEO und die UNIDO für diese zwei Organisationen gebaut worden, und zwar in der Spezifikation, die uns diese beiden Organisationen mitgeteilt hätten. Das Problem sei nun die Einschätzung des Bedarfs für 1978 bzw. 1981. In der Zwischenzeit blieb nämlich das personelle Wachstum der beiden internationalen Organisationen hinter den Erwartungen zurück. Dies auf Grund der Dollar-Abwertung, sowie der Nichtratifizierung des Non-Proliferationsvertrags. Vor einem Jahr kam nun die Mitteilung, daß 1978 Kapazitäten frei sein werden. Wir hätten diese den Vereinten Nationen angeboten, was zu der angeführten Resolution geführt habe.

Bezüglich der österreichischen Haltung zur Verlegung internationaler Organisationen nach Wien erklärt Leg.Rat Klestil, es werde bei den Vereinten Nationen liegen, was sie nach Wien verlegen. Es solle in der nächsten Generalversammlung ein Vorschlag zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Der Gedanke, die ECE nach Wien zu verlegen, sei von den Vereinten Nationen geäußert worden. Österreich habe immer betont, dies sei allein eine Entscheidung der Vereinten Nationen. Wir würden dazu keinerlei Initiativen ergreifen.

Generalsekretär HAYMERLE erklärt, Österreich habe aus zwei Gründen mit den Vereinten Nationen gesprochen:

1. Wegen des geringeren Raumbedarfes (wie Leg.Rat Klestil ausgeführt hat);

2. Wegen des in New York herrschenden Mangels an Gebäuden.

Österreich sei zu 100 % auf den Standpunkt, daß man nicht daran denke, abzuwerben bzw. sich einzumischen. Man würde hier neu zu gründende kleinere Einheiten bevorzugen. Dies wolle er betonen, um ein berechtigtes Mißtrauen auszuräumen. Man wolle keine Konkurrenz zu Genf werden.

Generalsekretär THALMANN dankt auch Gesandter KLESTIL für diese Ausführungen. Man habe über dieses Problem schon seit Jahren aufrichtig gesprochen, man wolle auf Schweizer Seite kein Mißtrauen.

Rechtlich gesehen ergebe sich folgende Situation: Die Vereinten Nationen hätten laut Amtssitzabkommen das Recht, der Schweiz Organisationen bzw. Konferenzen aufzubürden. Die Schweiz müsse das, wenn auch mit großer Mühe, tun. Genf sei ja schon reichlich saturiert. Weiters hätte man mit Befriedigung verfolgt, daß Österreich für die Vereinten Nationen baue und Wien nach den beiden anderen UNO-Zentren an Bedeutung gewinne. Dies bedeute eine Entlastung von Genf, die nur positiv zu beurteilen sei. Diesbezüglich sei also kein Anlaß für Mißtrauen gegeben.

Bei einer Organisation allerdings, die schon seit vielen Jahren in der Schweiz ansässig sei, wie z.B. die ECE, welche beste Kontakte zum ECOSOC, GATT und EFTA habe, - die also in der Schweiz heimisch geworden ist - da sähe man es nicht gerne, wenn sie ginge. Das sei unerfreulich. Wir sind jedenfalls für die österreichische Haltung, es den Vereinten Nationen zu überlassen, dankbar.

- 10 -

Nach gewissen Informationen ginge es jedoch um die ECE, die ja am leichtesten zu transferieren sei. Die Resolution werde sich daher auf die ECE konzentrieren. Angesichts des Stimmverhältnisses bestünden auch Chancen, daß es gelinge. Obwohl manche Länder - die Österreich und der Schweiz bekannt wären - es nicht wollten. Man werde auf Schweizer Seite jedenfalls kein Mißtrauen aufkommen lassen und so wie Österreich ein faires Verhalten beobachten. Es bereite im schlimmsten Fall der Schweiz zwar kein Vergnügen, sei aber kein Drama.

Generalsekretär HAYMERLE bekräftigt, daß während seines Aufenthaltes in New York überhaupt kein Wort über die ECE gefallen sei. Er vermute, daß niemand aus New York weg wollte und man daher eben an Genf dachte. Persönlich glaube er jedoch nicht daran, daß sich für eine Verlegung der ECE eine Mehrheit fände.

Gesandter ~~des~~ KLESTIL weist darauf hin, daß man bei der UNO alle Möglichkeiten prüfe. Die UNO-Delegation, die vom 1. bis 10. April 1975 in Wien war, habe nur technische Möglichkeiten erörtert. Es habe sich um eine Bestandsaufnahme, eine Abgrenzung gehandelt. Von Wien sei die Delegation nach Genf gefahren. Erst dann tauchte das Projekt mit der ECE auf. Vorige Woche, bei den Cyprien-Verhandlungen, wurde laut einigen Herren auch eine Verlegung kleinerer Einheiten aus New York erwogen. Das Ganze dürfte noch in Schwebelage sein.

Generalsekretär HAYMERLE unterstreicht hierauf noch einmal die strikte Weisung an die österreichischen Vertreter, nicht aktiv zu werden, und bringt eine entsprechende Weisung zum Vortrag.

Generalsekretär THALMANN dankt für diese offene Darlegung und gibt seiner Überzeugung Ausdruck, daß beide Seiten ein Interesse an einer Zusammenarbeit in dieser Angelegenheit hätten. Er habe schon szt. angeregt, man könnte gemeinsam den Vereinten Nationen vorschlagen, diese oder jene Konferenz oder internationale Organisation nach Genf

- 11 -

oder Wien zu verlegen. Man sollte Hand in Hand arbeiten, um eine Arbeitsteilung zu erreichen. Jedenfalls bestünden keine grundsätzlichen Unterschiede, nur ein natürlicher Interessenkonflikt in bezug auf die ECE.

Generalsekretär HAYMERLE regt im Zusammenhang mit dem im Juni stattfindenden Besuch LEVANDOVSKYs an, in Kontakt zu bleiben. Er persönlich, wie gesagt, glaube nicht, daß die ECE nach Wien komme.

Generalsekretär THALMANN verweist auch auf den Widerstand innerhalb der ECE (Beamte).

Generalsekretär HAYMERLE erklärt, man würde diesen Präzedenzfall schon im Hinblick auf die UNIDO nicht begrüßen.

Neben dem Problem des Sitzes internationaler Organisationen gebe es noch jenes der Konferenztätigkeit.

Österreich hätte die Absicht gehabt, ein Konferenzzentrum zu errichten. Dies müßte aus innenpolitischen Gründen zurückgestellt werden.

Gesandter ~~rat~~ KLESTIL präzisiert, daß Österreich das zu den Büroräumen gehörende Konferenzzentrum realisiere und nur das große österreichische Konferenzzentrum zurückgestellt worden sei.

III. Energieprobleme:

Generalsekretär THALMANN erklärt eingangs, man könne sich diesbezüglich relativ kurz fassen. Man brauche nicht lange über die gescheiterte Pariser Konferenz zu epilogieren. Diese habe einen etwas ungeschickten Versuch dargestellt, die Front der Produzentenländer zu zersplittern. Die mangelnde Vorbereitung des Westens und die Zwitterstellung Frankreichs habe zu dem Mißverständnis geführt. Er glaube nicht, daß aus diesem Scheitern sehr viel Animosität entstanden ist. Es bestünde seitens der Entwicklungsländer weiterhin der Wunsch, einen Dialog zu suchen.

Wenn man versuchen wolle, die zukünftige Entwicklung abzuschätzen, so sei die Schweiz für die Idee einer Konferenz in der die Energieprobleme dominieren. Auch die Energieagentur sei der Meinung, daß unmöglich alle Probleme gleichzeitig behandelt werden könnten. Für Rohstofffragen bzw. für das Problem einer Wirtschaftsordnung gebe es andere Gremien. Es sei ungünstig, alle diese Probleme in einen Tiegel zu werfen.

Zwei Entwicklungen verdienten es, festgehalten zu werden: Einerseits habe die Energiekonferenz dem "Comité executif en session spéciale" den Auftrag gegeben, die Fragen der Rohstoffe im Hinblick auf die OECD-Konferenz am 27. und 28. Mai 1975 zu prüfen. Dies würde dokumentieren, daß die OECD dem Energieproblem nicht ausweicht.

Die andere Entwicklung ist darin zu sehen, daß der Direktionsrat der Energieagentur am 30. April 1975 die österreichische Delegation gebeten hat, mit der OPEC Kontakt aufzunehmen und zu sondieren. Das Ergebnis würde uns interessieren.

Weiters stellt Generalsekretär Thalmann die Frage, wie es um die österreichische Ratifikation des Abkommens über die Energieagentur stehe. In der Schweiz sei dies schmerzlos verlaufen. Wann werde Österreich ratifizieren? Außerdem sei

- 13 -

die Schweizer Seite an einem Erfahrungsaustausch bezüglich der bi- bzw. multilateralen Energiebeziehungen interessiert.

In Beantwortung dieser Fragen führt Gesandter SEYFFERTITZ im Besonderen aus:

1. Was die Ratifikation betreffe, so habe diese den Ministerrat passiert und wurde dem Parlament zugeleitet. Es bestehe ein Junktim mit dem Energiesicherungsgesetz, welches ebenfalls dem Parlament zugeleitet wurde. Man habe bei der Energieagentur um eine Fristerstreckung bis 1. August 1975 angesucht und hoffe, bis dahin ratifiziert zu haben.
2. In Bezug auf die Verbindung mit der OPEC, so werde diese im Augenblick zwischen dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten und dem Bundeskanzleramt geprüft. Man habe aber noch keine Entscheidung des Bundeskanzlers darüber, ob und wie dies der Fall sein werde.

Im Anschluß daran gibt Gesandter Seyffertitz eine Analyse der Pariser Gespräche aus österreichischer Sicht und unterstreicht, daß auch Österreich der Meinung sei, die Konferenz sei nicht rein negativ gewesen. Insbesondere sei man durch die sachliche Atmosphäre bzw. die Kohesion der Produzentenstaaten überrascht gewesen. In Iran sei man mit Algeriens Vorgehen nicht einverstanden gewesen. Es hätte dort in einem größeren Ausmaß als etwa in Venezuela ein Interesse an einem Kompromiß bestanden. Auch habe die persische Delegation vor der Konferenz an einen Kompromiß in der Erdölfrage geglaubt. Nicht aber in der Frage der Indexierung.

In diesem Zusammenhang unterstreicht Botschafter STEINER, daß der Schah auch ihm gegenüber die Indexierung als unabdingbar bezeichnet habe.

Gesandter SEYFFERTITZ führt weiter aus, daß Österreich der Ansicht sei, die effizienteste Lösung liege in einer Beschränkung der Konferenz auf das Erdöl. Man hätte sich

-14 -

z.B. auch der Indexierung, wäre sie allein auf das Erdöl beschränkt gewesen, nicht widersetzt. Man sei zufrieden mit dem Funktionieren der Agentur. Das Problem sei nur, wie könne man den Entwicklungsländern das Atout erhalten, daß ihnen die Rohstofffrage gibt. Es sei fraglich, ob eine Erklärung der OECD hier ausreichen würde. Im Verwaltungsrat höre man latente Kritik an Frankreichs Vorgehen.

Was mögliche Initiativen betrifft, so vermeinte Gesandter Seyffertitz, daß diesbezüglich von seiten der Entwicklungsländer nichts zu erwarten sei.

Auf eine konkrete Frage von Generalsekretär THALMANN bezeichnete Gesandter SEYFFERTITZ eine französische Initiative als fraglich.

Generalsekretär HAYMERLE bemerkte hiezu, daß eine solche Initiative vielleicht aus den österreichischen Kontakten mit der OPEC entstehen könnte. Die neue Initiative müsse von woanders ausgehen, sonst befände man sich in der selben Sackgasse.

Gesandter SEYFFERTITZ erklärte hiezu, daß diesbezüglich im Kommuniqué die Frage offen gelassen worden sei. Er zitierte ein Presseinterview des algerischen Delegierten mit der belgischen Zeitung "Libre Belgique", worin dieser Verhandlungen zwischen der OPEC und der Energieagentur als ausgeschlossen bezeichnete, zog jedoch in Zweifel, ob es sich dabei um das letzte Wort handle.

Generalsekretär THALMANN meinte hiezu, die Algerier hätten die Energieagentur eben als Mittel der Konfrontation angesehen.

Generalsekretär HAYMERLE stellte demgegenüber fest, daß sie schließlich die Energieagentur doch anerkannt hätten und diese sich bewährt hätte.

- 15 -

Generalsekretär THALMANN konstatierte schließlich, es handle sich bei OPEC und Energieagentur eben um ein Kartell und ein Gegenkartell.

Vorausblickend stellte Gesandter SEYFFERTITZ fest, daß sich die Rohstoffdebatte in der heurigen Generalversammlung der Vereinten Nationen abspielen werde.

In bezug auf die Zukunft könne man, so Botschafter MÜLLER, nur spekulieren. Die Schweiz hätte in den Entwicklungsländern herumgefragt und dort scheine man eine Initiative Frankreichs zu erwarten. Auch Algerien scheine eine solche zu erwarten, zumal Frankreich beim gleichzeitigen Besuch Giscard d'Estaings auf die algerischen Wünsche einging. Er betonte nochmals das Schweizer Interesse an unseren Gesprächen mit der OPEC.

Botschafter MÜLLER stellte weiters die Frage der Position der Vereinigten Staaten. Die Schweizer Seite hätte nicht den Eindruck einer negativen Rolle gehabt.

Dieser Meinung war auch Gesandter SEYFFERTITZ, der auch die aktive Rolle der Gemeinschaftsdelegation hervorstrich.

Botschafter STEINER warf daraufhin die Frage der Beurteilung des Konnexes Erdöl-Rohstoffe auf und wies auf die Verwunderung Teherans über die Aufregung in Europa bezüglich dieser Tatsache hin. Für Teheran sei es nämlich klar gewesen, daß zunächst nur vom Erdöl gesprochen würde.

Generalsekretär HAYMERLE faßte dahingehend zusammen, daß die Entwicklungsländer doch hauptsächlich erreichen wollten, daß auch über ihre Probleme gesprochen werde.

Botschafter STEINER bezeichnete ein Gespräch über alle Rohstoffe als die einzige Methode, die Einheitsfront der Produzenten aufzusprengen gemäß ihrem unterschiedlichen Interesse. Es sei verhandlungstaktisch am günstigsten, die Palette aufzubrechen und dann nach den separaten Interessen vorzugehen.

Gesandter SEYFFERTITZ unterstrich, daß es nicht nur um das Problem der Rohstoffe, sondern auch um die Währungsreform ginge. Man befinde sich in der selben Situation wie bei der 6. Sondertagung der Generalversammlung, nur mit beschränktem Teilnehmerkreis. Der einzige Ausweg sei der Weg der Selektion der Rohstoffe.

Generalsekretär HAYMERLE bezeichnete die gegenwärtige Lage als den Beginn eines Dialoges, der uns noch lange beschäftigen werde.

Generalsekretär THALMANN sah einen vernünftigen Approach darin, das Paket durch Herausnahme jener Probleme, bei denen Einigkeit bestünde, zu erreichen.

Generalsekretär HAYMERLE konstatierte, daß die Entwicklungsländer eben ein Pressionsmittel in der Hand hätten, ohne zu wissen, wie lange sie es noch hätten. Es sei daher legitim, wenn sie es nun einsetzten.

Auf die konkrete Frage von Generalsekretär THALMANN, wie er die Resultate der letzten UNIDO-Konferenz beurteile, antwortete Generalsekretär HAYMERLE, er beurteile sie gar nicht, es seien ja immer die selben.

Botschafter STEINER führte dazu aus, das Ganze liefe auf eine Verwandlung oder gar Zerstörung des Wirtschaftsystems hinaus. Ein Mittel, diese Entwicklung abzuschwächen oder gar zu stoppen, liege darin, über die Rohstoffe zu sprechen. Dies würde es den Entwicklungsländern gestatten, sich eine wirtschaftliche Basis zu schaffen.

Generalsekretär HAYMERLE sah die Einheitsfront der Produzentenländer differenziert in ganz arme und superreiche. Man müsse diesem Problem Rechnung tragen im evolutionären Weg. Dies sei die Hauptfrage, die den Ost-West-Konflikt in den Schatten stelle.

- 17 -

Auf die konkrete Frage Generalsekretär THALMANNs nach der Haltung Österreichs zu der Umwandlung der UNIDO in eine Spezialorganisation der Vereinten Nationen, erklärte Generalsekretär HAYMERLE Österreich hätte darauf keinen Einfluß. Diese Sache werde aber lange dauern. Man könne und wolle nichts dagegen tun, man sei aber positiv eingestellt.

Gesandter KLESTIL gab ergänzend an, es würden seitens der Vereinten Nationen diesbezügliche Statuten ausgearbeitet.

Auf die Frage von Botschafter MÜLLER nach der Beurteilung der Rolle der Sowjetunion in bezug auf die Rohstoffagentur erklärt Gesandter SEYFFERTITZ, daß beim Besuch Premierminister CHIRACs in Moskau russischerseits die Frage gestellt wurde, warum man nicht eingeladen worden sei, jedoch ohne einen diesbezüglichen Wunsch zu äußern. Frankreich habe nicht reagiert.

Generalsekretär HAYMERLE unterstreicht die schwierige Rolle der Sowjetunion in dieser Frage. Diese sitze eigentlich in unserem Boot, müsse aber aus ideologischen Gründen anders reagieren.

Botschafter STEINER illustrierte dies damit, daß im Oktober-November 1973 im Ostblock unverhohlene Freude über die Erdölwaffe geherrscht habe. Bereits im Dezember 1973 habe es aber schon Bedenken darüber gegeben, was da ins Rollen gebracht wurde.

Abschließend zu diesem Punkt ersucht Generalsekretär THALMANN nochmals, die Schweiz über die OPEC-Kontakte zu informieren. Vor allem JOLLES wäre im Hinblick auf das Präsidium, das er im "Comité spécial" innehatte, dafür dankbar.

IV. Privilegien- und Immunitätenkonferenz:

Angesichts der Tatsache, daß sich die Schweiz und Österreich der Stimme enthalten hätten, stellt Generalsekretär THALMANN die Frage nach der weiteren Haltung Österreichs. Insbesondere ob die Absicht bestünde zu ratifizieren, bzw. ob und welche Vorbehalte Österreich an eine Ratifikation knüpfen würde.

Legationsrat KUSSBACH führt in diesem Zusammenhang aus, daß Österreich sowie die Schweiz unzufrieden sei und der Konvention gegenüber eine negative Haltung einnehme. Endgültiger Standpunkt sei aber noch keiner gefaßt worden. Insbesondere stoße sich Österreich daran, daß künftighin der Generalsekretär vor Vergabe einer Konferenz die Generalversammlung dahingehend informieren solle, ob der Gaststaat die Konvention ratifiziert habe. Diese Resolution stelle eine Art Erpressung dar. Andererseits sei sich Österreich bewußt, daß man eine Lösung finden müsse, da sonst keine Konferenz nach Wien komme. Wenn Österreich ratifiziere, dann mit Vorbehalt.

Generalsekretär HAYMERLE ergänzt dahingehend, daß der Bundesregierung vorgeschlagen wurde, von einer Ratifikation Abstand zu nehmen. Aber dies sei eine politische Frage. Auf die Frage von Generalsekretär THALMANN, welche Vorbehalte Österreich machen würde, erwidert Legationsrat KUSSBACH, daß es nach der Konvention keine Möglichkeit eines direkten Eingreifens gegen minder qualifizierte Diplomaten geben würde, bzw. daß dem Hotelzimmer ein größerer Schutz als den Räumen der Mission zukommen würde.

Generalsekretär THALMANN drückt sodann den Wunsch der Schweizer Seite aus, diesbezüglich in Kontakt zu bleiben und erwidert auf die Frage von Generalsekretär HAYMERLE nach etwaigen Schweizer Vorbehalten, daß die Schweiz nicht die Absicht habe, die Konvention zu ratifizieren. Man sei allerdings in der Willensbildung noch weniger weit wie Österreich

- 19 -

fortgeschritten. Vorprellen werde man jedenfalls nicht. Auf die Frage von Generalsekretär HAYMERLE nach der Haltung der anderen Staaten, die dagegen stimmten, erwidert Botschafter MÜLLER, daß auch die anderen sechs Sitzstaaten nicht die Absicht hätten, zu ratifizieren.

Generalsekretär HAYMERLE regt daraufhin ein gemeinsames Vorgehen, welches den Druck neutralisieren würde, an. Es sei wie gesagt ein Problem, daß den Delegierten einer internationalen Organisation ein größerer Schutz zukäme als den akkreditierten Diplomaten.

Botschafter STEINER gibt dazu noch die schwierigere Überschaubarkeit dieser Delegierten zu bedenken, worauf Generalsekretär HAYMERLE noch auf das Problem der Vertreter der diversen Befreiungsbewegungen hinweist.

V. Konferenz über humanitäres Kriegsvölkerrecht:

Eingangs referiert Legationsrat KUSSBACH, daß heuer 60 % der Artikel der Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen in den Kommission angenommen wurden. Es sei besser gewesen, etwas langsamer vorzugehen und so Kompromisse zu erreichen. Nächstes Jahr finde die 3. Session statt. Er hoffe, daß man dann abschließen könne. Es bestehe eine enge und gute Zusammenarbeit der österreichischen und der schweizerischen Delegation. Er unterstrich auch die sehr positive Haltung des Ostblocks zu Protokoll 1 und insbesondere zu Protokoll 2. Es ergäbe sich die Situation, daß sich die Oststaaten enger an den IRK-Entwurf hielten, als der Westen. Das Verbot bestimmter Waffen werde durch die dritte ad hoc-Kommission beraten. Auch die USA verhielten sich kooperativ und schickten ihre besten Leute. Vom Osten sei aber in dieser Frage in letzter Zeit eine absolut negative Haltung

- 20 -

zu bemerken gewesen. Und zwar sollte nach Meinung des Ostens dieses Problem im Rahmen einer Weltabrüstungskonferenz behandelt werden, was zu einer Vertagung ad calendas graecas führen würde. Am 20. Mai 1975 komme eine schwedische Expertenkommission nach Wien. Wie im Vorjahr zwischen Schweden und der Schweiz solle ein Gedankenaustausch stattfinden. Vielleicht sollten die drei Neutralen im Herbst vor der Lugano-Konferenz zusammentreffen, damit sie aktiver werden könnten.

Generalsekretär THALMANN bestätigt, daß die Schweiz die selben Eindrücke hätte. Im zweiten Teil der Konferenz sei konstruktive Arbeit geleistet worden. Man sei für die Haltung Österreichs dankbar.

VI. Tour d'horizon:

Generalsekretär THALMANN erklärt, so konkret wie möglich bleiben zu wollen, um möglichst direkt auf konkrete Probleme eingehen zu können. Eine erste, fast banale Feststellung sei die, daß man eine fast beängstigende Machtverschiebung während der letzten Wochen erlebt habe. Trotz der Erklärungen KISSINGERS sei es eine Tatsache, daß die USA das erste Mal geschlagen worden seien. Dies habe zu psychologischen Auswirkungen, zu einem Vietnam-Trauma geführt. Das Resultat sei ein Autoritätsverlust der Regierung. Vietnam trete zu Watergate hinzu. Der Kongreß hingegen wisse nicht, was er mit der neuen Macht dem Präsidenten gegenüber anfangen soll, zumal er dazu schlecht gerüstet sei.

Dies müsse uns Kontinentaleuropäer beunruhigen. Wir könnten nicht ohne die USA frei bleiben.

Zu dieser allgemeinen Betrachtung treten nun die Einzelaspekte Türkei-Griechenland, Portugal sowie die weitere Entwicklung in Indochina.

a) Portugal: Es sei noch zu früh, Spekulationen anzustellen. Das Wahlergebnis führe zu einer optimistischeren Lagebeurteilung vom westlichen Standpunkt aus. Es seien aber doch merkwürdige Wahlen gewesen, wo die Parteien sich auf das Programm der fast kommunistischen Militärs ausrichten mußten. Es bestünde auf der Schweizer Seite Interesse, wie Österreich die Lage in Portugal beurteile bzw. welche Vorstellungen Österreich in bezug auf das Verhältnis Portugals zur EFTA und Europarat habe.

Was das Verhältnis Portugals zur EFTA betreffe, so sei die Schweiz positiv eingestellt. Dies hänge auch vom RABÄUS-Bericht ab.

Generalsekretär HAYMERLE erklärt diesbezüglich, daß auch Österreich den Bericht des Generalsekretärs abwarte, aber sehr positiv eingestellt sei. Es sei vielleicht zu früh, Stellung zu nehmen.

Gesandter SEYFFERTITZ gibt dazu an, man habe die Politik der Gemeinschaft, die interessiert sei, Portugal zu unterstützen, verfolgt. Auf seine Frage, ob die Schweiz eine klare Vorstellung besitze, wie man Portugal seitens der EFTA Hilfe leisten könne, bzw. ob es sich dabei um eine bilaterale Hilfe oder um eine Hilfe seitens der EFTA handeln solle, erwidert

Botschafter MÜLLER, die Schweiz warte die Entwicklung der verschiedenen Tendenzen in Portugal ab. Eine andere Schwierigkeit sei darin gelegen, daß seitens der Privatwirtschaft größte Zurückhaltung wegen der Nationalisierungen bestünde. So sei es wegen der Absicht, die Tabakindustrie zu nationalisieren, schwierig, die Privatindustrie zu interessieren. Was Staatskredite betreffe, so sei dies in der EFTA unüblich und würde in der Schweiz auf große Widerstände stoßen. Politisch wäre es aber wünschenswert.

Generalsekretär THALMANN schneidet hierauf das Verhältnis Portugals zum Europarat an. Seiner Meinung sei Portugal eben ein europäisches Land, und es wäre logisch, wenn der Europarat Initiativen zeigte.

Generalsekretär HAYMERLE erwidert, auch hier sei es noch zu früh, abschließend Stellung zu nehmen. Seiner Meinung nach sollte Portugal aufgenommen werden. Zwar sagte Abgeordneter CZERNETZ, Portugal sei keine richtige Demokratie, aber gerade deshalb sollte Portugal zur Stärkung des demokratischen Systems aufgenommen werden.

Botschafter STEINER bemerkt hiezu, es sei auch ein Problem, daß die gewählte Versammlung nur eine Konstituante sei, und es ergebe sich auch die Frage der Kommunisten. Es wäre jedenfalls wichtig, als Gegengewicht zum Militärregime gewählte Mandatare im Europarat zu haben.

Botschafter MÜLLER weist darauf hin, daß Portugal formal nicht die Aufnahmekriterien in den Europarat erfülle. Vor vierzehn Tagen, vor den Wahlen, sei man sich auf der Ministertagung dessen bewußt gewesen und habe vor allem wegen des Präzedenzfalles einer Verwässerung der Natur des Europarates Bedenken gehabt. Man solle besser konkrete direkte Hilfe leisten, damit Portugal im Stande sei, die Kriterien zu erfüllen.

Generalsekretär HAYMERLE gibt jedoch zu bedenken, daß, wenn man lange warte, Portugal die Kriterien des Europarat überhaupt nie erfüllen könne.

Botschafter STEINER ergänzt, daß der Europarat gerade für solche Sonderfälle etwas vorsehen müßte. Ohne mutigen entschlossenen Schritt werde man diese Länder nie zurückgewinnen. Insbesondere auch im Hinblick auf Spanien. Etwas müsse geschehen, sonst sei die Lage hoffnungslos.

- 23 -

Generalsekretär HAYMERLE resumiert, daß der Minister-
rat eben zu vorsichtig sei, worauf Generalsekretär THALMANN
nochmals auf das Interesse der Neutralen an einer politischen
Zusammenarbeit im Europarat hinweist.

Als weiteren Punkt seiner Tour d'horizon behandelt nun
Generalsekretär THALMANN

b) Cypern: Dieses Problem sei zugegebenermaßen der öster-
reichischen Seite besser bekannt. Es werde noch lange dauern,
bis man zu einer Lösung komme. Mit Interesse habe man fest-
gestellt, daß die Gespräche in Wien zu Hoffnungen berechtigten.
Eine Garantie in gewissem Sinne sehe er im guten menschlichen
Kontakt zwischen KLERIDES und DENKTASCH.

c) Griechenland-Türkei: Hier dürfte das Öl in der Ägäis eine
entscheidende Rolle spielen. Mit Besorgnis beurteile man die
möglichen türkischen Truppenkonzentrationen. Diese Region
dürfte der nächste "hot spot" der Welt sein.

d) Indochina:

1. Kambodscha

Hier hätte man entschieden, der kambodschanischen Re-
gierung zuverstehen zu geben, die diplomatischen Beziehungen
weiterzuführen.

2. Südvietnam

Hier habe man die gleiche Vorgangsweise gewählt, und
zwar über das Büro der GRP in Genf als "Bureau de liaison".
Man habe der anderen Seite die Absicht bekanntgegeben, die
diplomatischen Beziehungen aufrecht erhalten zu wollen.

In beiden Fällen habe man jedoch noch keine Reaktion.

In Kambodscha verlaufe die Entwicklung besonders kraß.
Alles würde hinausgeworfen. Dies sei besonders für die Russen
deprimierend.

In Saigon habe die Schweiz ihren Geschäftsträger belas-
sen, der sich um die zwanzig Schweizer und die vier Österrei-
cher kümmert.

- 24 -

Ende letzter Woche sollten die Plünderungen weitergegangen sein. Es gebe noch keine zentrale Regierungsmacht. Der Schweizer Geschäftsträger habe den Auftrag, sich der französischen Mission bei einer allfälligen Evakuierung anzuschließen. Die französische Vertretung dürfte ja als einzige dort wirkliche Möglichkeiten haben.

In der Schweiz hätte eine Botschaft Saigons und eine Botschaft der République Khmère, sowie eine Vertretung Saigons in Genf bestanden. Man habe, um etwaige Verantwortlichkeiten auszuschließen, diese Vertretungen geschlossen, da ja die Regierungen kapituliert hätten.

Generalsekretär THALMANN schneidet im Zusammenhang mit der Lage in Indochina nunmehr das Problem der Vietnam-Flüchtlinge an. Man nehme an, daß die USA auch bei Österreich diesbezüglich angefragt habe. Die Schweiz habe noch keine Entscheidung getroffen. Es befänden sich tausend Studenten aus Vietnam in der Schweiz. Würden diese Asyl begehren, so hätte die Schweiz bereits ein großes Kontingent aufgenommen und ihre Pflicht getan. Auch die Botschaftsmitglieder hätten um Asyl angesucht.

Auf die konkrete Frage von Generalsekretär THALMANN erwidert Generalsekretär HAYMERLE, Österreich habe eine diesbezügliche Bitte der USA erhalten, man werde voraussichtlich positiv reagieren. Die Entscheidung liege aber beim Innenministerium. Er verweist auf die Tradition Österreichs bei den Ereignissen in Ungarn, der CSSR, Uganda und Chile. Man habe allerdings dort, wo Österreich nicht Erstasylland gewesen sei, kontingentiert. Entscheidung sei, wie gesagt, noch keine gefallen. Die Frage müsse erst im Ministerrat behandelt werden. Jedenfalls könne es sich dabei nur um eine Geste handeln. Man habe mit Vietnam fast keine Kontakte. Allerdings sei in Vietnam ein SOS-Kinderdorf aufgebaut worden. Vielleicht komme auch von dort ein Kontingent. Zusammenfassend handle es sich um eine Geste im Sinne der österreichischen Tradition.

- 25 -

Generalsekretär THALMANN bemerkt abschließend zu seiner Tour d'horizon, er habe den mittleren Osten bewußt übergangen, aber dort könne man nur spekulieren.

Generalsekretär HAYMERLE eröffnet seinen Rundblick auf die internationale Lage mit der Bemerkung, daß der Vietnam-Krieg - abgesehen vom menschlichen Elend - eine Gleichgewichtsveränderung mit sich gebracht habe. Dies sei ein ernstes Problem für alle, da unsere Sicherheit auf dem Gleichgewicht beruhe, und eine Störung dieses Gleichgewichtes diese Sicherheit in Frage stelle.

Aus der Sicht der USA stelle sich die Krise als eine solche der Führung dar. Die USA sei derzeit ein Koloß, der nicht aktionsfähig sei.

Aus Moskauer Sicht, die eine bipolare sei, sei das Gleichgewicht die Grundlage der Politik. Moskau wolle es nicht zur Kenntnis nehmen, daß dieses Gleichgewicht gestört sei, um die Entspannungspolitik fortzuführen. Dies sei aber nun eine Fiktion. Die Entspannungspolitik wird aus Moskauer Sicht weitergehen. Aber innerhalb der Führung gebe es sicher Bestrebungen, die derzeitige Schwäche des Westens auszunützen.

Diese Beurteilung treffe auch auf das Beispiel Portugal zu. Dort wollte Moskau die Gelegenheit nicht ausnützen. Vorwände hätte es genug gegeben. Man wollte eben das Klima der Entspannung nicht stören.

Österreich sollte aufmerksam seine Sicherheitspolitik überdenken, die ja weitgehend mit der Schweizer übereinstimmt.

Was Kambodscha und Südvietnam betreffe, so spreche er der Schweizer Seite im Auftrag der Bundesregierung seinen Dank für den Schutz der vier Österreicher in Saigon aus.

Was die diplomatischen Beziehungen betreffe, so werde man dasselbe wie die Schweiz über Budapest machen. Gleich

- 26 -

der Schweiz anerkenne man nur Staaten und keine Regierungen. So wie man das bei SIHANOUK gehandhabt habe, werde man jetzt bei den Budapester Kontakten Saigon gegenüber vorgehen.

Generalsekretär THALMANN bemerkt diesbezüglich, daß der GRP viel Verständnis zeige, was bei Kambodscha nicht der Fall sei. Zur Rolle SIHANOUKs bemerkt er, daß dieser keine effektive Rolle mehr spielen werde, einerlei ob er in Peking bleibe oder zurückkehre. Auf die Frage von

Gesandtem GLEISSNER, ob die Schweizer Seite bereits Überlegungen darüber angestellt habe, von wo aus sie mitbeglaubigen wolle, erwidert Generalsekretär THALMANN, daß man bezüglich Kambodscha Kuala Lumpur in Erwägung gezogen habe, jetzt aber die Frage offen sei.

Bezüglich Saigon werde es am zweckmäßigsten sein, den Botschafter in Peking für Saigon und Hanoi mitzuakkreditieren.

Generalsekretär HAYMERLE weist diesbezüglich auf die Überlastung der Botschaft in Peking hin. Man hatte Saigon von Bangkok aus mitakkreditiert und eben gedacht, Kambodscha von Kuala Lumpur aus mitzuakkreditieren. Aber dies habe Zeit.

Auf die Frage von Generalsekretär Haymerle bezüglich des Schweizer Stimmverhaltens in der Frage der Zulassung der neuen Regierungen zu internationalen Organisationen erwidert Generalsekretär THALMANN, die Schweiz werde sich solange enthalten, bis es dort Regierungen gebe, die einen diesbezüglichen Antrag stellten bzw. wie sich diese Regierungen zur Schweiz verhielten.

Auf die Frage Cypern übergehend, führt Generalsekretär HAYMERLE aus, daß er die Entwicklung nicht so optimistisch beurteilen könne. Unter großem Druck konnten die Verhandlungen verlängert werden und wenigstens das Flugplatzproblem bereinigt werden. Alles stieß auf den Widerstand der Türken. Diese wollten die Ägäis. Mit der bi-zonalen Lösung dürfte man sich griechischerseits bereits abgefunden haben.

./27

Dazu bemerkt Botschafter STEINER, daß es dabei nicht allein von der Größe der Zonen abhinge, sondern auch von der Qualität. Die Türkei mache keine Kompromisse. Jede Seite sei eben mit dem Klumpfuß der öffentlichen Meinung behaftet. Die Türkei habe alle Trümpfe in der Hand. Es müsse daher jeder Kompromiß auf türkischer Seite als eine Niederlage angesehen werden. Auch seien die Erklärungen von MAKARIOS in Washington absolut negativ gewesen.

KLERIDES sei also bis an den Rand gegangen. Die Lösung der Flugplatzfrage sei nur für das Verhandlungsklima von Bedeutung.

Wozu Generalsekretär HAYMERLE ausführt, daß diese Einigung nur über stärksten Druck WALDHEIMs zustande gekommen sei. Über die Flüchtlinge sei gar nicht verhandelt worden. Als Ergebnisse resultierte nur die Lösung der Flugplatzfrage und die Vereinbarung, am 5. Juni 1975 zu neuen Verhandlungen zusammenzutreten, wozu noch die Schaffung einer Kommission zur Ausarbeitung einer Verfassung hinzutrete. Die Fortführung der Verhandlungen sei das einzig Positive. Darüber werde dann der Generalsekretär an den Sicherheitsrat berichten.

Botschafter STEINER weist im Anschluß darauf auf die außerordentlich gespannte Lage in diesem Raum hin. Man habe ein gegenseitiges Aufschaukeln der Situation konstatieren können. Zunächst hätten die Griechen Gendarmerie und Militär auf die Insel gelegt. Dann seien die Türken gekommen. Jetzt gebe es pausenlos Zwischenfälle in Folge demonstrativer Überflüge der Türken, die die Griechen abzudrängen versuchten. In Athen versuchte die Regierung alles zu tun, aber im Parlament und im Volk herrsche eine militante Stimmung. Diese explosive Situation könne sich jederzeit auf Grund irgendeines Zwischenfalls verschärfen.

Wozu noch die wirtschaftliche Instabilität hinzutrete. Ohne echte europäische Aktion (Marshall-Plan) seien in

- 28 -

dieser Gegend wirtschaftliche Komplikationen zu erwarten, die noch durch rückkehrende Gastarbeiter verschärft würden.

Zum Thema Naher Osten bemerkt Generalsekretär HAYMERLE, daß darüber wirklich wenig zu sagen sei. Es sei keine Veränderung eingetreten. Es handle sich um einen Krisenherd erster Ordnung. Positiv zu vermerken sei der ägyptische Wunsch, eine Krise zu vermeiden.

Diesen Rundblick in bezug auf den Nahen Osten, Griechenland, Türkei, Cypern, Portugal - wozu noch Spanien komme - faßt Generalsekretär HAYMERLE mit der Bemerkung zusammen, der Süden Europas habe seit Kriegsende keine solche Instabilität zu einem Zeitpunkt gekannt, in dem der Osten überlege, warum er diesen Umstand nicht ausnütze. Gegen ein solches Vorgehen wende sich vor allem BRESCHNJEV, der sage, daß Rußland noch nicht so weit sei und westliches "know how" benötige. Für Generalsekretär THALMANN stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage der Bewertung der Detente.

Diese werde getrübt durch die sowjetische Rüstung (Hinweis auf den Bericht des Institute of Strategic Studies), auch beim SALT-Abkommen handle es sich um "einen faulen Kompromiß" zuungunsten der USA. Die fortgesetzte Rüstung offensiver Natur seitens der Sowjetunion lasse die Detente zwielichtig erscheinen.

Generalsekretär HAYMERLE weist diesbezüglich darauf hin, daß für die Sowjetunion die Detente ein Mittel zum Aufbau des eigenen Landes und nicht wie im Westen ein Anlaß zum Abbau der eigenen Stärke^{darstelle} Für die östliche Seite stelle die Ausdehnung des eigenen Systems einen kategorischen Imperativ dar, eine Bestrebung, die nur durch einen starken Westen kanalisiert werden kann. So wäre z.B. Vietnam nie passiert, wenn der Osten gesehen hätte, daß hinter dem Papier des Pariser Abkommens etwas steht.

- 29 -

Generalsekretär THALMANN führt im Zusammenhang mit der Frage nach der österreichischen Beurteilung der Lage in Korea aus, daß dort eine amerikanische Verpflichtung zur Intervention bestünde. Zwar dürfte KIM IL SUNG in Peking keine Unterstützung gefunden haben, aber, ob die USA im Falle einer Aggression intervenieren würde, sei fraglich.

Generalsekretär HAYMERLE bemerkte dazu, daß es gar nicht notwendig sei, daß die USA real intervenierten, sie müßten nur glaubhaft machen, daß sie es täten. Versuche einer Intervention würde es sicher geben.

Generalsekretär THALMANN schneidet nunmehr das Problem der Beziehungen mit der Deutschen Demokratischen Republik an. Seit der Wiener Konvention über konsularische Beziehungen schließe die Schweiz überhaupt keine Konsularverträge mehr ab. Österreich habe einen solchen mit der DDR abgeschlossen. Jedem Staat stünde es jedoch anheim, gemäß allgemeinem Völkerrecht seinen Staatsbürgern Schutz zu gewähren. Die Schweiz komme mit den Familienzusammenführungen aus der DDR nicht weiter. Im Gegensatz zu KSZE verliefen diese Bemühungen bisher enttäuschend. Man werde im Herbst ein Wirtschaftsabkommen schließen. Dieser Umstand habe aber die Vermögensverhandlungen mit der DDR bis jetzt nicht gefördert. Im Anschluß an diese Ausführungen stellt Generalsekretär THALMANN die Frage, welcher Art die Interventionen humanitärer Art, die Österreich in der DDR durchführe, seien, bzw. welche Erfahrungen Österreich überhaupt in seinen Beziehungen mit der DDR gemacht habe.

In Beantwortung dieser Fragen betont Generalsekretär HAYMERLE, daß auch Österreich seit der Wiener Konvention keine Konsularverträge mehr mit Staaten abschließe, die dieser Konvention beigetreten seien. Die DDR sei aber nicht beigetreten. Andererseits gebe es in der DDR zehntausende Doppelstaatsbürger. Man habe eine Erklärung der DDR erreicht, wonach diese auch als solche anerkannt wurden. Dies sei

bekannterweise angesichts der Reaktion der BRD auch erstmals vom "Neuen Deutschland" erwähnt worden.

Auf die konkrete Frage von Generalsekretär THALMANN bestätigt Generalsekretär HAYMERLE, daß der Wirtschaftsverkehr zwischen Österreich und der DDR sehr rege sei.

Botschafter STEINER führt dazu aus, daß bei Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vereinbart wurde, die bisherigen Kammerabkommen über wirtschaftliche Beziehungen auf staatliche Ebene überzuführen.

Generalsekretär HAYMERLE unterstreicht nochmals, daß es für Österreich entscheidend gewesen sei, diese Erklärung betreffend Anerkennung der Doppelstaatsbürger zu erreichen. Auf die konkrete Frage von Botschafter MÜLLER weist Generalsekretär HAYMERLE darauf hin, daß es - wie bereits erwähnt - zehntausende Doppelstaatsbürger in der DDR gebe, diese aber dort so integriert seien, daß sie dort blieben. Sie hätten jedoch die Möglichkeit der Ausreise.

Weiters gibt Generalsekretär Haymerle an, daß die CSSR ebenfalls einen Konsularvertrag abschließen wollte, Österreich aber abgelehnt habe, da diese der Konsularkonvention beigetreten sei.

Österreich interveniere auch in Moskau unter dem Hinweis, daß man sonst in Genf nicht abschließen werde.

VII. KSZE-Konferenz:

Generalsekretär THALMANN charakterisiert eingangs die Schweizer KSZE-Haltung wie folgt:

1. Dauer der Konferenz:

Man sei diesbezüglich überhaupt nicht optimistisch in bezug auf den Abschluß der 2. und 3. Phase im Juli. Dies entspreche nicht dem Verhandlungsstand. Es sei bedauerlich,

da der Versuch gewaltsamer Kompromisse über die Köpfe der Neutralen hinweg gemacht werde.

2. Die französische Formel:

Die Schweiz sei demgegenüber vollkommen negativ eingestellt. Es gebe drei Möglichkeiten, eine allgemein annehmbare Formel zu finden:

- a) Beibehalt der gegenwärtigen Formel
- b) Spezielle Erwähnung Deutschlands (hier sei wohl die BRD dagegen)
- c) Eine noch allgemeinere Gestaltung der Formel. Dieser Weg wäre der beste.

3. Das RPD: (Schweizer Streitschlichtungsprojekt):

Die Schweiz bedauere, daß sie gezwungen gewesen sei, den obligatorischen Charakter aufzugeben. Man habe aber einen Entwurf zu einem Mandat deponiert, da man glaube, daß es auf der Tagesordnung bleiben solle.

4. Dritter Korb:

Dies sei ein Test für die Entspannung. Der Druck der öffentlichen Meinung sei hier sehr stark und man müsse das Resultat vor ihr vertreten können.

5. Veränderung der Grenzen:

Aus taktischen Gründen mache man hier keine Konzessionen bevor nicht Gegenkonzessionen erreicht werden.

6. Confidence building measures:

Deren dauernder Wert erscheine zweifelhaft. Es komme ihnen eine mehr psychologische Bedeutung zu. Man glaube, daß hier in erster Linie die Blöcke aktiv werden sollten, und die Neutralen nur "in extremis" eingreifen sollten.

7. Schlußdokument:

Die Schweizer Seite wolle keine Diskriminierung zwischen verschiedenen Dokumenten in Folge Unterzeichnung durch verschiedene Leute.

8. Folgen der Konferenz:

Es müsse und werde diese geben. Aber man zöge eine längere Pause vor einer Revue der Ergebnisse vor. Ein Jahr sei dafür zu wenig. Man möchte eine längere Frist.

9. Interpretation und Präsentation der Resultate der Konferenz:

Vorbereitungen hiezu seien notwendig und sicher überall im Gange.

Botschafter STEINER erläutert nunmehr den österreichischen Standpunkt und betont, daß die Dauer zu optimistisch eingeschätzt werde. Wenn nicht ein spektakulärer Fortschritt erzielt werde, so sei ein Abschluß rein technisch unmöglich. Das Schlufrennen werde hart werden und die Neutralen dürften nicht durch politischen Druck überfahren werden.

Die politischen Entscheidungskräfte in Europa drängten überall stark auf einen Abschluß. Es bestehe aber eine Diskrepanz zwischen dem Ergebnis und den Erwartungen. Es werde, wenn nichts Unvorhergesehenes eintrete, sicherlich eine Konferenz im Sommer stattfinden.

Generalsekretär HAYMERLE weist in dem Zusammenhang darauf hin, daß Vietnam eine stark bremsende Kraft darstelle, vor allem in den USA, die sich auf Juli eingestellt hätten.

Botschafter STEINER führt ergänzend aus, daß der Osten auf jeden Fall eine große Show der Entspannung wünsche. Er sei erstaunt, daß der Osten nicht wahrhaben wolle, daß Cypern oder der Nahe Osten für die Entspannung eine Gefahr darstellten.

Bezüglich der französischen Formel sei auch die österreichische Seite der Meinung, daß diese erweitert werden müsse.

Korb 3 sei ein Entspannungstest.

Was die "Confidence building measures" betreffe, so hätten wir in der Tat nie die Möglichkeit diese zu erzwingen. Sie setzen die Entspannung voraus und sind nicht krisenentscheidend. Entscheidend ist hier zwar die Rolle der Großmächte, es ergibt sich aber hier auch ein Diskussionsforum für Neutrale.

Auch Österreich sei für ein Schlußdokument. Alle Dinge bilden ein Ganzes. Dies hätte die österreichische Seite bei allen Besuchen im Osten, so auch in der CSSR, unterstrichen.

Bezüglich der Folgen der Konferenz, so sei es für Österreich keine Frage, ob es eine politische Institutionalisierung der Konferenz geben solle. Es sei gar nicht so schlecht, das durchzuführen, was hier vorgesehen sei. Man sollte auch bilateral mit den Oststaaten über die Durchführung der Grundsatzbeschlüsse diskutieren.

Ein Jahr sei sicher zuwenig. Die Möglichkeit einer Wiederaufnahme der Konferenz schein Botschafter STEINER bei den Oststaaten besonderes Gewicht zu haben.

Generalsekretär HAYMERLE wirft die Frage nach der Schweizer Einschätzung der von Schweden gewünschten Periodizität des "follow up" auf.

Generalsekretär THALMANN erwidert darauf, daß Periodizität Internationalisierung und damit ein Sekretariat impliziere. Er sei dagegen. Die Schweizer Seite müsse sich das noch überlegen.

Botschafter STEINER weist darauf hin, daß es interessant sei, daß der Osten sich bewußt sei, daß wir mehr auf dem Konto haben als wir glauben. Man sollte beginnen, dies auszunützen, da die Konferenzergebnisse dem Osten mehr zu schaffen machten als wir/^{uns} bewußt seien.

Es sei richtig, daß man bei fixen Terminplänen in ein politisches "follow up" hineinkomme. Es gäbe kein

rein technisches "follow up". Man habe ein Interesse daran, daß das, wovon in Genf geredet wird, auch realisiert wird. Man könne dann gegenüber dem Osten auf feierlich unterzeichnete Dokumente in Bezug auf deren Realisierung hinweisen.

Generalsekretär HAYMERLE rekapituliert, daß die ursprüngliche Einstellung des Westens darin bestanden habe, daß man am besten alles über sich ergehen lassen solle und dann sei Schluß. Dem entgegen stehe nun das östliche "follow up". Die Sowjetunion fühle sich gebunden an Verträge. Warum sollte man dieses Instrument nicht nützen. Man sollte sich überlegen, ob man nicht vor Ende der Konferenz eine Zusammenkunft der Neutralen arrangieren sollte.

Generalsekretär THALMANN weist darauf hin, daß auch für die Schweiz der Entspannungsprozeß ein dauerhafter sei. Aber die Detente als solche sei ein zerbrechliches Gebilde und es sei fraglich, ob man nicht durch die Periodizität des "follow up" den Russen Gelegenheit gäbe, in unsere Karten zu schauen. Ein Gedankenaustausch zwischen den Neutralen sei sicher notwendig.

Auf die konkrete Frage Botschafter MÜLLERS, wie man sich die auch von Bundesminister BIELKA erwähnten bilateralen Verhandlungen vorstelle, erwidert Botschafter STEINER, daß bei Ministerbesuchen oder im Rahmen Gemischter Kommissionen die Anwendung der Genfer Grundsätze auf Einzelfälle gefordert werden solle. So käme man endlich einmal in die Position des Fordernden. Dies wäre vor allem ^{für} Korb 3 gedacht.

Zur Frage Generalsekretär HAYMERLES zur Schweizer Haltung in bezug auf die friedliche Veränderung der Grenzen erwidert Generalsekretär THALMANN, die Schweizer Seite glaube, daß hier ein taktisches Druckmittel zur Verfügung stehe.

Auf den Einwand Generalsekretär HAYMERLES erwidert Botschafter MÜLLER, daß dies nicht nur eine Forderung des Westens sei, auch Frankreich habe Vorbehalte angemeldet.

Die Frage Generalsekretär HAYMERLES, ob diesbezüglich schweizerseits meritorische Bedenken bestünden, verneint Generalsekretär THALMANN.

VIII. Jugoslawien:

Generalsekretär HAYMERLE betont eingangs, daß Österreich mit allen Nachbarstaaten gute Beziehungen unterhalten wolle. Das bisher einzige Problem sei die CSSR gewesen. Dieses wurde durch den Vermögensvertrag bereinigt. Eine Milliarde Entschädigung sei zwar nur eine symbolische Geste, aber dafür schienen nunmehr die Beziehungen zur CSSR gut zu sein. Bundesminister BIELKA sei in der CSSR gewesen und es wurde auch die Bildung einer Gemischten Kommission beschlossen. Mit Jugoslawien hätte Österreich nach dem Krieg große Probleme gehabt. Jugoslawien hätte damals Anspruch auf einen Teil österreichischen Gebietes **erhoben**. Als jedoch die UdSSR 1948 Jugoslawien fallen ließ, verzichtete Jugoslawien ~~scheinbar~~ auf diesen Anspruch. Generalsekretär Haymerle sei selbst in den 50-er Jahren Leiter einer ersten Delegation gewesen. Eines der damaligen Probleme betraf ebenfalls die Minderheit in Kärnten.

Später hätten sich sehr gute Beziehungen entwickelt und ein reger Grenzverkehr. Das Verhältnis sei herzlich gewesen und 1967 habe TITO Österreich einen Besuch abgestattet und die Behandlung der Minderheit als vorbildlich und als Brücke zwischen Staaten bezeichnet.

Zwei Elemente hätten zum Konflikt geführt:

Im Artikel 7 des Staatsvertrages habe Österreich Verpflichtungen zugunsten der Minderheit übernommen. Alles bis auf die Verpflichtung bezüglich der gemischtsprachigen Ortstafeln im gemischten Gebiet sei erfüllt worden. Es habe

nämlich immer die Frage bestanden, wo dieses gemischt-sprachige Gebiet eigentlich sei. Die Lösung wäre eine Minderheitenfeststellung, was aber für Jugoslawien einen casus belli darstelle. Bei den Slowenen handle es sich um eine sterbende Minderheit, die in Österreich integriert werden wolle und nicht als Minderheit betrachtet werden wolle.

Als die Regierung KREISKY die gemichtsprachigen Ortstafeln aufgestellt habe, hätte dies zum Konflikt geführt. Das Gesetz sei unvollziehbar, da die Bevölkerung die Ortstafeln entfernt habe. Die Frage der Volksbefragung im Zuge einer eventuellen Minderheitenfeststellung habe zu einer Emotionalisierung in Kärnten geführt. Dies sei ein echtes innerstaatliches Problem, welches Österreich große Sorgen bereitet. Entsprechend hätten sich die Beziehungen zu Jugoslawien verschlechtert.

Das Ganze stelle jedoch nur einen Prätext dar. In Wirklichkeit sei diese Entwicklung darauf zurückzuführen, daß Presse- und Massenmedien in Österreich ständig negativ über Jugoslawien berichtet hätten (TITO sei krank, Einmarsch der Russen etc.). Dies habe zu einer Verunsicherung Jugoslawiens geführt. Um diesen Problemen zu begegnen, hätte Jugoslawien beschlossen, ein Feindbild Österreichs zu zeichnen.

Botschafter STEINER bemerkt hiezu, daß neben der Frage der Minderheit noch das Problem der "Restitutionen" und die Archivfrage gegenüber Jugoslawien noch offen sei.

Bei den Restitutionen handle es sich um Material, das im 2. Weltkrieg nach Österreich gebracht wurde und Unterlagen bezüglich der Südsteiermark betrifft. Österreich hätte Jugoslawien mitgeteilt, daß man bereit sei, dieses Material zurückzustellen. Allerdings gegen Abgabe einer Entfertigungserklärung seitens Jugoslawien. Jugoslawien habe diesbezüglich allerdings nicht reagiert, auch als man auf die Erklärung verzichtet habe.

- 37 -

Was die Archivfrage betreffe, so enthalte der Friedensvertrag von St. Germain eine diesbezügliche Verpflichtung Österreichs, alles, was eine geordnete Verwaltung ehemals österreichischer Gebiete betreffe, zur Verfügung zu stellen. 1923 sei ein Archivabkommen zum Nachteil Österreichs geschlossen worden. Der Umfang dieses Archivmaterials sei gigantisch und würde den Bestand der jugoslawischen Archive verdoppeln. Es handle sich dabei um Material, welches in Graz, Klagenfurt, Salzburg und Innsbruck liege. In den 30-er Jahren sei keine Einigung über den endgültigen Umfang des herauszugebenden Materials getroffen worden. Nach dem 2. Weltkrieg hätten 1958 Gespräche stattgefunden, die nicht zum Ziele führten. Die österreichische Seite habe die Herausgabe von Fotokopien vorgeschlagen, Jugoslawien aber auf integraler Erfüllung bestanden.

Man werde jetzt neuerlich verhandeln und das Problem im Detail prüfen. Alles zu übergeben, sei unrealistisch. Man wolle mit Jugoslawien ins Gespräch kommen. Allerdings wolle man dann auch die österreichischen Gegenforderungen bezüglich von Botschafts- und Konsulatsmaterial präsentieren.

Generalsekretär HAYMERLE bestätigt, daß das Problem in die drei Fragen der Archive, Restitutionen und die Minderheitenfrage zerfalle, unterstreicht jedoch nochmals die Bedeutung der Verunsicherung Jugoslawiens durch die österreichischen Massenmedien. Man wisse auf österreichischer Seite nicht, wer diese Kampagne schürt. Man könne jedenfalls die Presse daran nicht hindern. Als jedoch die Ustascha anlässlich eines Begräbnisses eine provokative Feier veranstaltete, habe man über alle Beteiligten ein Einreiseverbot verhängt.

Botschafter STEINER präzisiert in diesem Zusammenhang, es habe sich um die Beerdigung eines ermordeten Kroaten gehandelt. Außerdem finde am 10. Mai 1975 wieder die traditionelle Muttertagsfeier in Bleiburg statt.

Soweit es möglich sei, hätte die österreichische Seite verhindert, dass aus dem Ausland Ustascha-Angehörige einreisen.

Die Reaktion des Ostens zu diesem Problem bezeichnet Botschafter S t e i n e r als sehr moderiert. Bezüglich des Minderheitenproblems habe dort grösste Zurückhaltung geherrscht. Nur wo es sich um Neonazi oder Ustascha gehandelt habe, sei eine rege Reaktion zu beobachten gewesen. Als Illustration dieser Haltung führt Botschafter S t e i n e r seine Unterredung mit dem ungarischen Aussenminister P u j a im Vorjahr an.

Auch in Bezug auf die jugoslawische Drohung bezüglich der Staatsvertragsautomatik sei ebenfalls keine Reaktion aus dem Osten erfolgt.

Generalsekretär HAYMERLE fasst nun den österreichischen Standpunkt nochmals dahingehend zusammen, dass 1967, anlässlich seines Österreichsbesuchs T i t o erklärt habe, man solle am besten die Archivfrage einschlafen lassen.

Bezüglich der Frage der Restitutionen werde sich die österreichische Seite um eine Lösung bemühen.

In der Archivfrage sei jedoch eine Durchführung im vollen Umfang ausgeschlossen.

Bei der Minderheitenfrage ergäbe sich das Problem der Durchführung einer Volkszählung besonderer Art. Es sei jedoch die Entwicklung in Kärnten und nicht das aussenpolitische Problem, das Österreich die grössten Sorgen mache. Die deutschsprachigen Kärntner hielten die andere Seite als Exponenten des Kommunismus, obwohl sich die Minderheit integrieren wolle.

Auf die Frage von Generalsekretär THALMANN nach seiner Beurteilung der "Post-Tito-Ära" erklärt Generalsekretär HAYMERLE, dass seiner Meinung zunächst nichts geschehen werde. Erst allmählich werde man sehen. Auch die UdSSR habe kein Interesse, ihre Entspannungspolitik durch einen Einmarsch in Jugoslawien - zumal über Österreich - zu beenden. Gänzlich abgeschrieben habe sie Jugoslawien aber nicht und werde sicher versuchen, Jugoslawien

allmählich einzugliedern. Jugoslawien habe die alten österreichischen Probleme geerbt. Es sei durch zentrifugale Strömungen bedroht. Das Ganze sei jedoch eine Frage von Jahren.

Auf die entsprechende Gegenfrage führt Generalsekretär THALMANN aus, dass zwischen der Schweiz und Jugoslawien bilateral keine Probleme anstünden. Man habe keine Probleme mit Kroaten. Die bilateralen Beziehungen seien ausgezeichnet.

Sorge bereiteten der Schweiz lediglich die zentrifugalen Tendenzen Jugoslawiens. Man glaube aber nicht an ein spektakuläres Auseinanderfallen, da das Risiko diesbezüglich für alle zu gross sei.

IX. E F T A :

Gesandter SEYFFERTITZ schneidet eingangs das Problem der Beziehungen Spaniens zur EFTA an. Dieses Probleme werde von Schweden auf die Tagesordnung des nächsten Working-Breakfast gesetzt werden. Bisher sei eine Art Patt festzustellen. Österreich hätte daher ein Interesse an der Haltung der Schweiz in bezug auf eine Freihandelsregelung Spaniens mit der EFTA. Insbesondere auf Grund wirtschaftlicher Interessen sei man interessiert, ob nach Ansicht der Schweiz ein Neuüberdenken - auch in Bezug auf Portugal - notwendig sei.

Botschafter MÜLLER führt in Beantwortung dieser Fragen aus, die bisherige Idee sei es gewesen, das Verhältnis Spaniens mit EWG und EFTA parallel zu gestalten, bzw. dass das eventuelle Abkommen mit der EFTA jenes mit der EWG ergänzen solle. Ob sich darin eine Änderung ergeben habe, sei der Schweizer Seite nicht bekannt.

Die konkrete Frage nach einer schwedischen Initiative verneint Gesandter SEYFFERTITZ.

Generalsekretär THALMANN erklärt ebenfalls, dass die Schweizer Seite in dieser Richtung keine Initiative ergreifen werde. Man hätte jedoch Interesse, Spanien in das westliche Konzert hineinzuziehen. Aber konkret sei noch nichts geplant. Er würde es begrüßen, mit der österreichischen Seite diesbezüglich in Kontakt zu bleiben.

- 40 -

Botschafter STEINER ergänzt, spanische evolutionäre Kreise seien an Kontakten mit Europa interessiert, damit sich nach Franco ein reibungsloser Übergang ergäbe.

Gesandter SEYFFERTITZ berührt als nächste Frage die durch das Ausscheiden des EFTA-Generalsekretärs RABÄUS notwendig werdende Neubestellung des Generalsekretärs dieser Organisation, bzw. die ein Jahr später notwendige Neubestellung des stellvertretenden Generalsekretärs der EFTA. In diesem Zusammenhang stellt er die Frage, ob die Schweizer Seite beabsichtige, Kandidaten zu nominieren.

Generalsekretär THALMANN erklärt, diese Frage sei ihm letzten Freitag unterbreitet worden. Es sei noch keine Entscheidung gefallen. Man werde aber geneigt sein, Kandidaten aufzustellen. In erster Linie denke man an SOMARUGA. Er müsse jedoch noch mit JOLLES darüber sprechen. Man werde jedoch die österreichische Seite informieren und ersuche schon jetzt, eine etwaige Kandidatur zu unterstützen.

Gesandter SEYFFERTITZ schneidet letztlich die Frage der zukünftigen Rolle der EFTA an. Man sei auf österreichischer Seite mit der Entwicklung der Konsultationen nicht glücklich. Insbesondere die Aufstellung von Listen würde die Zusammenarbeit nur erschweren. Man strebe eine pragmatischere Form der Zusammenarbeit an.

Generalsekretär THALMANN nimmt dies zur Kenntnis, erklärt sich jedoch nicht in der Lage, hiezu Stellung zu nehmen.

X. EUROPARAT:

Botschafter MÜLLER führt dazu eingangs aus, dass die Diskussion über das von Abgeordneten CZERNETZ aufgeworfene Problem der politischen Konzentration seither nicht mehr abgebrochen sei. Das Problem sei jedoch die praktische Verwirklichung. Man habe diesbezüglich bilateral mit anderen Ländern Kontakte aufgenommen. Aus Schweizer Sicht sei es wünschenswert, da man sonst langsam in eine Situation gerate, wo die neun EG-Mitglieder mit Westeuropa identifiziert würden, und die Neutralen in deren Schlepptau gerieten.

Man wolle aber nicht im Europarat dasselbe machen wie in der EG. Der Vorschlag des Comité d'Avignon á siebzehn sei nicht gut gewesen. Konsultationen auf allen Gebieten seien nützlich, aber nur im Ministerrat bzw. zwischen Beamten in den Aussenministerien. Man wolle sich auf Schweizer Seite der Form einer Diskussion zwischen Ministervertretern nicht entgegenstellen, aber die oben genannte Form wäre vorzuziehen. Man wolle keine Institutionalisierung. Über den atlantischen Dialog könne man wegen Frankreichs nicht sprechen.

In der letzten Sitzung sei beschlossen worden, auch jene Probleme, die im Rahmen der KSZE behandelt werden, auch in Strassburg zu diskutieren. Die Schweiz sehe jedenfalls die Gefahr des Entstehens zweier Blöcke.

Botschafter STEINER weist auf die Identität der Ansichten beider Länder bezüglich dieses Problems hin. Es gelte zu verhindern, dass die Neutralen aus der politischen Diskussion in Westeuropa ausgeschlossen werden. Man müsste trotz aller Widerstände versuchen, auf der politischen Plattform des Europarates den atlantischen Dialog, das Problem des Terrors und schliesslich den Komplex der KSZE zu behandeln. Dies würde den Europarat in eine politische Funktion hineinbringen. Eine politische Diskussion im Ministerrat sei aber problematisch, da dieser immer nur sehr kurz zusammentrete. Die Basis der Ministerien wäre besser dazu geeignet. Man sollte möglichst pragmatisch vorgehen. Es wären daher Überlegungen anzustellen, ob man nicht Kontakte leitender Beamter auf Europaratebene herstellen könnte.

Generalsekretär HAYMERLE weist jedoch auf den diesbezüglich zu erwartenden Widerstand der neun EG-Mitglieder hin, da dies für sie nur eine lästige Verpflichtung darstellen würde.

Generalsekretär THALMANN äussert sich zum Abschluss befriedigt über den Gedankenaustausch und äussert die Erwartung, diese Gespräche in Zukunft weiterzuführen.

- 42 -

Generalsekretär HAYMERLE weist auf die besondere Bedeutung derartiger Kontakte gerade für die Neutralen hin, die im Gegensatz zu den in Blöcken gebundenen Staaten oft das Gefühl hätten, im Leeren zu operieren. Es gelte diese Kontakte zu instituieren, ohne sie zu einer Institution zu machen. Österreich könne von den Erfahrungen der Schweiz profitieren.

Man sollte nicht die "Palme-Linie" einschlagen, wonach eine Veränderung des Gleichgewichts, wie wir sie jüngst erlebt haben, zu einer besseren Welt führt. Man müsse erkennen, was geschieht und sich unserer Stärke bewusst werden. Es gebe keine unaufhaltsamen Entwicklungen und man müsse der anderen Seite zeigen, dass wir am stärkeren Ast sitzen, über eine Stärke verfügen, die sich am Ende durchsetzen wird.